Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1842

182 (6.7.1842) Verhandlungen der badischen Stände 1842

Visual Library

Verhandlungen der badischen Stände
1842.
Beiblatt zur Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, № 18. den 6. Juli.

Achtzehnte öffentliche Sitzung der zweiten Kammer am Dienstag, den 5. Juli 1842, unter dem Vorsitze des Präsidenten Bekk.

Auf der Bank der Regierung Finanzminister v. Böckh, Ministerialrath Ziegler, Geh. Legationsrath Freiherr v. Marschall.

Der Präsident eröffnet der Kammer, daß der Abg. Kuenzer um Urlaub eingekommen sey, da die Hindernisse, welche ihn zur Zeit vom Eintritt in die Kammer abhielten, noch nicht hätten beseitigt werden können.

Hierauf ergreift der Abg. Schaaff das Wort, um an den Präsidenten die Bitte zu richten, daß er künftig dem Publikum nicht mehr gestatten möge, in den Saal selbst einzudringen, da mancherlei Mißstände damit verbunden seyen, und die Würde der Verhandlungen selbst dadurch gefährdet werde. Kaum hätten die Deputirten in der letzten Freitagssitzung an ihre Plätze gelangen können, ja man habe selbst Leute, die keine Deputirte seyen, auf den Bänken der Deputirten sitzen sehen. Wolle man dem Publikum den Saal öffnen, so möge man wenigstens dafür sorgen, daß Schranken gezogen seyen zwischen den Abgeordneten und dem Publikum, daß für erstere freier Raum zum Ein- und Ausgehen sey.

Der Präsident: Ich werde allerdings Maaßregeln treffen, um künftig ähnliche Mißstände zu verhüten; das letztemal war es nicht möglich, da schon lange vor der Eröffnung der Sitzung die Eingänge von der Masse besetzt waren.

v. Itzstein: Es wäre doch hart, Leute zurückzuweisen, die 40 bis 50 Stunden weit herkommen, um einer Sitzung der Kammer beizuwohnen.

Mördes: Auch ist trotz des dichten Zudrangs nichts geschehen, was den Anstand verletzt hätte.

Junghanns: In einer früheren Sitzung hat der Hr. Abg. Mathy einige Urkunden übergeben, welche auf seine Wahl und auf seine Verhältnisse in der Schweiz Bezug haben.

Ich habe diese Urkunden geprüft. Sie enthalten den vollständigen Beweis:

1) daß Hr. Mathy nicht in der Verbindung „das junge Deuschland" gestanden sey;
2) daß der Name desselben aus dem Verzeichniß der aus der Schweiz verbannten Personen gestrichen wurde, weil die Verbannung auf unrichtigen Voraussetzungen beruht hatte;
3) daß Hr. Mathy kein Bürgerrecht in der Schweiz erhalten hat, sein badisches Staatsbürgerrecht also noch vollständig besteht.

Da ich unter diejenigen Mitglieder der Kammer gehöre, welche früher für Beanstandung der Wahl stimmten, bis die Zweifel gehoben seyen, so halte ich mich verpflichtet, hier zu erklären, daß ich die Anstände gegen die Wahl jetzt für gänzlich beseitigt erachte.

Hierauf werden folgende Petitionen übergeben:

1) Vom Abg. Lenz: Des großen Bürgerausschusses von Pforzheim, die Deputirtenwahl im Land-Amt Pforzheim und die Eingabe von 24 Wahlmännern, Anklage der pforzheimer Bürger betreff.
2) Vom Abg. Leiblein: Petition des Gemeinde-Raths von Königheim, Anlegung einer Straße von Hardheim nach Bischofsheim über Königheim betreffend.
3) Vom Abg. Schaaff: Petition der Gemeinden Muckenthal, Rittersbach ꝛc., Auflösung der Gemeinde Rineck betreffend.
4) Durch das Sekretariat:
   a) Bitte der Redaktion des badischen Kirchen- und Schulblattes um ausnahmsweise Befreiung von der Zensur, oder eventuell um Zurücknahme einer Ministerialzensurinstruktion vom 6. Jan. d. J.
   b) Beschwerde des Moriz Weil und Konsorten in Randegg wegen Immobilienaccisansätzen bei Liegenschaftserlöskäufen.

Nach der Tagesordnung erstattet der Abg. Hoffmann seinen Bericht über das Budget des Finanz-Ministeriums. Da der Bericht sehr umfangreich ist, so wird von Verlesung desselben Umgang genommen und er dem Druck übergeben.

Die Tagesordnung führt weiter zur Diskussion des Berichts des Abg. Martin über das Budget des Staatsministeriums. Die Positionen dieses Budgets wurden sämmtlich angenommen. Bevor die Diskussion begann, eröffnete der geh. Regierungsrath v. Marschall der Kammer, daß er durch ein allerhöchstes Reskript Sr. kön. Hoh. aus hohem Staatsministerium zum ständigen Regierungskommissär für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden sey. Eine allgemeine Diskussion über diesen Budgetbericht fand nicht statt; Gelegenheit zu Bemerkungen geben die Rubriken Landstände und Staatsministerium. Bei ersterer nämlich bemerkte der Abg. Sander, daß er ursprünglich im Sinn gehabt habe, bei diesem Titel einige Fragen zur Sprache zu bringen, welche mit dem jetzigen Bestande der Kammer im engsten Zusammenhang stünden; er erspare indeß diese Erörterungen bis dahin, wo der Bericht über die Provisorien zur Diskussion kommen werde, da bei dieser Gelegenheit auch jenes Reskript, welches die Annahme einer Abgeordnetenwahl abhängig mache vom erhaltenen Urlaub, zur Sprache werde gebracht werden.

Reichenbach macht die Bemerkung, daß man seit einiger Zeit viel von den Kosten spreche, welche der

Landtag verursache, und die Ermahnung daran knüpfe, daß man doch ja sparsam mit der Zeit umgehen und unnöthige Diskussionen vermeiden möge. Er habe sich nun gefragt, wie der Gang der Geschäfte beschleunigt, dadurch Zeit gewonnen, Geld erspart werden könne, habe aber nicht finden können, daß hier der Kammer ein Vorwurf gemacht werden könne. Dagegen scheine es ihm, daß eine Ersparniß für die Staatskasse anderweitig zu erzielen sey, indem man nämlich den Staatsdienern, welche bisher für die Dauer des Landtags aus der Staatskasse einen Ersatzmann bezahlt erhalten hätten, zur Pflicht mache, auf eigene Kosten für Aushülfe zu sorgen, wenn sie die Stelle eines Deputirten annehmen wollten. Wäre er versichert, daß die Sache Anklang fände, so würde er einen Antrag deshalb stellen.

Zittel, Reichenbach, Weller, Sander, Gerbel, Bassermann, Junghanns, v. Itzstein, Gottschalk sprechen sich im Allgemeinen für die Gewichtigkeit der Bemerkung des Abg. Reichenbach aus; wollen aber, wie insbesondere Sander, v. Itzstein, Weller, Gerbel, daß die Kammer keinen Beschluß improvisiren, sondern erst näher in Berathung ziehen solle.

Martin ist der Ansicht, daß dies in den Abtheilungen zu geschehen habe.

Andere wollen die Prüfung der Budgetkommission zuweisen. Einstweilen bleibt der Gegenstand auf sich beruhen.

Bei dem Titel Staatsministerium bringt der Abg. Knapp neuerdings in Anregung, daß die Organisation dieser höchsten Staatsbehörde eine mangelhafte sey, insofern, als bei vorkommenden Rekursen von den verschiedenen Ministerien an diese Behörde dieselben Personen, als Mitglieder des Staatsministeriums, über Rekurse, die gegen sie ergriffen würden, mit entschieden. Darunter aber leide die Unparteilichkeit, denn Niemand solle Richter in der eigenen Sache seyn. Dieser Uebelstand sey so wichtig, daß, um ihm abzuhelfen, keine Kosten gescheut werden sollten; abgeholfen könne aber werden durch Vermehrung des Personals dieser Behörde.

Sander findet diese Bemerkung des Abg. Knapp sehr beachtenswerth; das Staatsministerium sey so überhäuft mit anderweitigen Geschäften, daß es den an es gelangenden Rekursen nicht die nöthige Aufmerksamkeit schenken könne. Es sey darum eben so wünschenswerth als ausführbar, daß, wie in anderen Ländern der Fall sey, ein Staatsrath organisirt werde, dem solche und ähnliche Geschäfte übertragen werden könnten, zu diesem Zwecke aber könne man viele der hohen Pensionäre verwenden, die ganz unbeschäftigt seyen, dem Staate aber wohl gerne noch ihre Dienste leisteten.

Finanzminister v. Böckh: Ich kann mich hier nicht näher in diese Materie einlassen, die überhaupt mehr in das Fach des Hrn. Chefs der Justizverwaltung gehört. Auch wird sich eine andere Gelegenheit ergeben, den Gegenstand zur Sprache zu bringen, nämlich bei Gelegenheit der Motion des Hrn. Abg. Welcker über Vereinfachung der Administration und weniger kostspielige Einrichtung derselben.

Gerbel wahrt das Recht der Kammer, diesen Gegenstand zur Sprache zu bringen, und erklärt sich im Sinne der früheren Sprecher; ein offenbarer Uebelstand sey es, wenn z. B. der Chef des Ministeriums des Innern im Staatsministerium Referent über einen Rekurs sey, der gegen die Entscheidung seines Ministeriums an das Staatsministerium ergriffen worden sey.

Finanzminister v. Böckh: Der Hr. Abg. ist nicht gut unterrichtet, wenn er glaubt, daß dies der Geschäftsgang bei Rekursen an's Staatsministerium sey. Wird ein Rekurs gegen das Ministerium des Innern an's Staatsministerium ergriffen, so ist ein Staatsrath im Staatsministerium Referent, der einen schriftlichen Bericht zu erstatten hat, über welchen dann sämmtliche Mitglieder des Staatsministeriums abstimmen.

Damit wird dieser Gegenstand verlassen, und der Abg. Sander erstattet nach der Tagesordnung Bericht über die die Spinnereien ꝛc. betreffenden Petitionen. Der Antrag geht auf empfehlende Ueberweisung an's Staatsministerium und Erhöhung der Zölle zum Schutz dieses Zweiges der Industrie. Auf Antrag des Abg. Mathy wird die Diskussion dieses Berichts aufgeschoben, da derselbe zu ausführlich, der Gegenstand zu wichtig sey, um sofort diskutirt werden zu können. Er seinerseits theile nicht alle Ansichten dieses Berichts, und finde für nothwendig, daß neben den Interessen der Baumwollenindustrie auch andere ihre Vertretung hier fänden. Der Bericht müsse daher gedruckt werden, damit eine reifere Diskussion stattfinden könne.

Finanzminister v. Böckh: Es habe allerdings keinen Nachtheil, wenn die Diskussion verschoben werde, da die Regierung im Wesentlichen mit der Kommission einverstanden sey, und ihren Kommissär zum Zollkongreß demgemäß instruirt habe; daher wünsche auch er den Druck des Berichts.

Hoffmann erklärt sich in gleichem Sinn, denn der Bericht gehe noch über die Wünsche der Petenten hinaus.

Bassermann wünscht, daß die Regierung immer zuvor die Ansicht der Kammer einhole, bevor sie ihren Kommissär instruire; denn die Kaufleute und Industriellen überhaupt wüßten solche Gegenstände besser zu beurtheilen, als Staatsbeamte, und seyen diese noch so lange im Dienst. Jene stünden mitten im Leben und in der Erfahrung, diese nur in der Theorie, und wären daher Fehlgriffen mehr ausgesetzt, als jene. Zeuge deß seyen der holländer Vertrag und die Rheinoktroirückvergütung.

Finanzminister v. Böckh: Die Regierung holt die Ansicht der Kammer immer ein, wo es möglich ist; übrigens sind dies Gegenstände, die in öffentlicher Sitzung nicht zu verhandeln sind. — Der Druck des Sander'schen Berichts wird beschlossen.

Nach der Tagesordnung berichtet endlich der Abg. Züllich, Namens der Petitionskommission, über den ihr zur Begutachtung zugewiesenen Antrag des Abg. Sander: zu bestimmen, wie es mit den Petitionen gehalten werden solle, welche auf dem letzten Landtage ihre Erledigung nicht gefunden hätten. Die Petitions-Kommission ist der Ansicht, daß eine Wiederaufnahme jener Petitionen nicht zulässig sey nach der Geschäfts-Ordnung; daß die Petenten daher, wenn sie die Sache erledigt wünschten, durch eine einfache Anzeige, daß sie die frühere Petition als wieder vorgelegt betrachtet wünschten, dies zu erkennen geben möchten. Die öffentlichen Blätter würden ein Verzeichniß der unerledigten Peti-

tionen bekannt zu machen, und die betreffenden Petenten dann sich darnach zu benehmen haben. Dieser Antrag wird von der Kammer nach kurzer Diskussion angenommen. Die Zeitung wird das Verzeichniß jener Petitionen nachliefern.

Bassermann wünscht, daß künftig vorher bekannt gemacht werde, welche Petitionen auf die nächste Tages-Ordnung kämen, damit man die Berichte zuvor einsehen könne.

Posselt: Die Berichte liegen immer drei Tage zuvor im Archivariat auf.

(Fortsetzung folgt.)

Nachträgliche Mittheilung der Reden der Herren Mördes, Zittel, Bader und Knapp aus der 17. öffentlichen Sitzung der zweiten Kammer.

Mördes: So ausführlich und lebhaft auch unsere bisherigen Wahldiskussionen geführt wurden, so laut und entschieden sich die Majorität dieses Hauses gegen die ungesetzlichen Wahlbeherrschungen ausgesprochen hat, — immer waren es nur die Umtriebe untergeordneter Beamten, gegen welche sich unser Tadel zunächst richtete. Heute nun zieht der Antrag des Abg. v. Itzstein die Berather der Krone vor den Richterstuhl des Volkes, nicht blos um über einzelne Maaßregeln derselben Rechenschaft zu fordern, sondern um deren ganzer politischen Regierungsmarime den Krieg anzukündigen! Leider ist das Bild mit Wahrheit gezeichnet, welches uns der Motionssteller durch eine Vergleichung der Vergangenheit mit der Gegenwart vor Augen stellte. Freudig und mit Hochgefühl weilte der Blick des Deutschen in der ersten Hälfte der 30er Jahre auf unserem schönen Lande. Während die bekannten Vorgänge in Hessen, Braunschweig und anderen deutschen und ausserdeutschen Staaten betrübende Gefühle erweckten, wohnte bei uns Ruhe, Frieden, Eintracht, Liebe und Vertrauen für die Regierung und deren oberste Lenker. Wenn auch zuweilen in diesem Hause der Kampf um die Wahrheit mit lebendigem Eifer geführt wurde, so vernahm das badische Volk doch bei der Eröffnung wie bei dem Schlusse jedes Landtags aus dem Munde seines hochgefeierten Regenten Worte des Wohlwollens und eines hingebenden Vertrauens, die in den Herzen der Volks-Vertreter, wie in denen ihrer Kommittenten gleich innigen Anklang fanden. Dieser beneidenswerthe Zustand ist jetzt in vielfacher Beziehung verändert; um vieles ärmer an Hoffnung wie an Vertrauen sehen wir uns jetzt in diesem Saale wieder. Abgesehen von dieser düstern, der Wahrheit nur allzutreu entlehnten Betrachtung, fühlen Sie, meine Herren, die ernste, tiefe Bedeutung der heute angeregten Frage für die Wahrheit, für das Wesen und den Werth unserer ganzen Verfassung, wie für die Ehre und den künftigen Standpunkt der Angeklagten gewiß mit mir zu lebendig, um nicht die Meinung zu theilen, daß die Motion Ihrer besonderen Erwägung würdig und dabei streng nach den Vorschriften unserer Geschäftsordnung zu verfahren sey. Mag sich auch bei der Offenkundigkeit der ministeriellen Schritte das Urtheil über dieselben bei Einzelnen unter uns bereits festgestellt haben, so dürfen wir uns dennoch von den Formen der Gerechtigkeit um so weniger lossagen, je gespannter nicht nur das badische, sondern das ganze deutsche Vaterland dem Ausgange dieses unseligen Kampfes, als einem wahrhaften nationalen Mißgeschicke entgegensieht. Bewahren wir uns daher vor Allem gegen Uebereilung, um unseren Beschluß frei zu halten von dem Vorwurfe der Leidenschaft; zumal ein großer Theil unter uns die bitteren Gefühle vergessen muß, welche ihm die unwürdige Verfolgung der Regierung persönlich erweckte. Welchen Erfolg dann auch unser Gesammtausspruch nach sich ziehen mag, wir werden die Verantwortlichkeit dafür ruhig übernehmen können; wenn es uns gelingt, diesem feierlich ernsten Akte in den Augen der Besseren das Zeugniß rein patriotischer Hingebung an die heiligen Pflichten unseres Berufes zu erringen. Und damit dies uns gelinge, stimme ich für die Verweisung des Vorschlags in die Abtheilungen.

Zittel: Wenn auch ich mich erhebe, den Antrag des Abg. v. Itzstein und dessen Verweisung in die Abtheilungen zu unterstützen, so geschieht es hauptsächlich darum, weil ich als neu eingetretenes Mitglied, also keines der Einunddreißig, von jenen Reskripten nicht persönlich angegriffen worden bin, und mich also der Vorwurf, als ergriffe ich aus persönlicher Gereiztheit das Wort gegen dieselben, mich nicht treffen kann. Berührt wurde ich allerdings auch davon: ich theilte den tiefen Schmerz des Volkes, welches sich in seinen Vertretern verletzt fühlte. Ich sage: des Volkes! Denn dieser Schmerz hat nicht etwa blos Diejenigen ergriffen, welche in ihren Ansichten mit den Einunddreißig übereinstimmten, sondern er wurde von fast allen Bürgern unseres Vaterlandes empfunden. Ich habe mit vielen wackern Männern gesprochen, welche jene Ansichten nicht theilten, auch die meinigen nicht, und dennoch fühlten sie sich durch jene Reskripte gleich schmerzlich berührt. Das Volk hat nun geantwortet, ernst und würdig, als ein Volk, das der bürgerlichen Freiheit werth ist; es hat die Männer wieder hieher gesandt, welche aus diesem Saale ausgestoßen werden sollten. Dadurch entsteht für uns in diesem Augenblick die Frage: Sollen wir uns nicht mit dieser thatsächlichen Erklärung des Volkes begnügen? Sollen wir nicht, um des Friedens willen, das Geschehene der Vergessenheit übergeben? Nein, meine Herren! das Volk wünscht, es erwartet, es fordert von uns, daß wir seine Gesinnungen, seine Wünsche, seine Befürchtungen hier aussprechen. Ja, wäre uns auch nur eine Beruhigung für die Zukunft gegeben, auch nur ein Wort gesagt worden, daß wir Aehnliches nicht mehr zu fürchten hätten; wie gerne wollte ich sagen: Wir wollen Alles vergessen. Aber ist bis jetzt noch ein einziges Wort dieser Art gesagt worden? Haben wir nicht vielmehr von jenem leeren Tische aus Alles, was in dieser Wahlsache von der Regierung veranlaßt worden ist, als recht und gut vertheidigen hören? Hat man uns nicht erst kürzlich noch gesagt, daß in einem ähnlichen Falle das Nämliche wieder geschehen würde? So stellt sich die Erinnerung an die Vergangenheit als ein drohendes Gespenst vor uns hin, wenn wir unsern Blick in die Zukunft erheben wollen. — Meine Herren! wir fühlen alle die Wichtigkeit des Schrittes, den wir zu thun im Begriffe stehen. Der Blick unserer Mit-

bürger, ja wohl des ganzen deutschen Vaterlandes ist mit gespannter Erwartung auf uns gerichtet, und wir können uns selbst auch nicht verhehlen, daß dieser Schritt vielleicht von großem Einfluß auf das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes seyn wird. Welche Politik soll uns nun hierbei leiten? Die Politik der Volksvertreter ist Wahrheit: sie wird, sie muß zum rechten Ziele führen. Als ich zum Abgeordneten gewählt wurde, stellte ich mir die Frage, was in dieser Sache meine Aufgabe und die der Stände sey, und ich konnte keine andere Antwort finden, als die, daß unser von seinem Volke innig geliebter Fürst, zu welchem jetzt sein besorgtes Volk vertrauensvoll aufblickt, die wahren Gesinnungen, Wünsche und Befürchtungen dieses biedern und treuen Volkes durch uns erfahre. Auf welchem Wege, und in welcher Form es geschehe, ist nur Nebensache, wenn es nur geschieht. Aber die mildeste Form ist mir die liebste, weil ich den Frieden wünsche, nicht neue Zerwürfnisse; die Form, welche der Abg. v. Itzstein gewählt, scheint mir die mildeste, darum unterstütze ich die Motion. Ich wünsche, daß die Verhandlungen darüber mit der Ruhe, dem Ernste und der Würde gepflogen werden, welche dieser hochwichtigen Sache angemessen ist, und darum unterstütze ich den Antrag auf Ueberweisung in die Abtheilungen.

Bader: Ich füge dem, was der ehrenwerthe Sprecher vor mir (Zittel) gesagt hat, bei: das Land verlangt und erwartet von der Kammer, daß sie mit allen ihren Kräften dahin wirke, den gegenwärtigen unbehaglichen Zustand zu beseitigen. Der Klageruf, den der Abg. v. Itzstein über diesen Znstand des Landes erhebt, enthält offenbar viel, sehr viel Wahres. Wenn man den Zustand, wie er noch vor 3—4 Jahren war, mit dem der letzten Zeit vergleicht, so kommt man zu einem Resultat, das bei jedem Vaterlandsfreunde schmerzliche Gefühle erregt. Damals zeigte sich ein unbedingtes Vertrauen zur Regierung, überall herrschte Friede und Eintracht, überall eine gewisse Behaglichkeit, wie sie sich in der Regel findet, wo der Geist der Humanität und der Gesetzlichkeit Diejenigen, welche an der Spitze der Regierung stehen, beseelt und leitet. Die innern Zustände blühten und gediehen in allen Theilen. Nun stößt man beinahe überall, wohin man sich wendet, auf Mißtrauen, auf Besorgnisse und Zwiespalterscheinungen, die leider dem Gedeihen alles Guten hindernd im Wege stehen. Damals war Regierung und Volk geachtet und geehrt von dem Auslande; das überall glücklich gepriesene Baden wurde beneidet. Jetzt beklagt und bedauert man uns. Es ist für den Vaterlandsfreund wahrhaft betrübend, Baden, wie dieses in der letzten Zeit bei Besprechung der öffentlichen Verhältnisse Deutschlands in geachteten deutschen Blättern wiederholt geschehen, mit Hannover zusammengestellt sehen zu müssen. Diese schmerzlichen Gefühle gehören nicht nur mir an, es sind die des ganzen Landes, und der Wunsch, den ich meiner Unterstützung beifügen möchte, wird deswegen nicht nur mein, sondern des Landes Wunsch seyn; er geht dahin: daß der Unstern, der über unser schönes Land gekommen, bald wieder verschwinde, und daß Mittel gefunden und ergriffen werden, den gegenwärtigen von allen Seiten beklagten Zustand zu beseitigen und die früheren glücklichen Verhältnisse wieder herzustellen. Ich stimme für die Verweisung des Antrages in die Abtheilungen.

Knapp erklärt sich dafür, daß die Motion nebst der Erklärung in die Abtheilungen verwiesen werde, was um so nothwendiger sey, da bei der Verhandlung vom 18. Februar der Kammer der Vorwurf gemacht wurde, sie sey zu rasch verfahren. Allein die Minister, welchen das Recht zustand, gegen die abgekürzte Form Einsprache zu erheben, thaten es nicht, und waren also selbst Schuld. Nach dieser Vorbemerkung fährt der Redner fort: „Deutschland war ruhig, so ruhig, daß der Name Deutsche beinahe vergessen worden wäre; man nannte sich nur noch nach den Ländern, denen man angehörte. Da stand in einem Nachbarlande ein kleines Männchen auf, weckte die Kräfte jener Nation, und übte dadurch auch auf die Entwickelung der Kräfte Deutschlands Einfluß aus. Man sah von oben bis unten ein, daß nur ein einiges Deutschland frommen könne. In jenem ruhigen Zustand, wie ich ihn bezeichnet habe, stand auch Baden; es war mitunter auch eine Gleichgültigkeit gegen die Verfassung wahrzunehmen. Auf einmal wurde — aber nicht von unten, sondern von oben — der Zunder unter das Volk geworfen. Die Urlaubsfrage tauchte auf und verursachte eine Bewegung. Die Ministerialreskripte erschienen und erzeugten die zweite Bewegung; die willkürliche und tappige Ausführung derselben von Seiten der Beamten und der Polizei verursachten die dritte Bewegung. Ich weiß nicht, ob ich das Verfahren tadeln oder loben soll, behalte mir aber vor, später, wenn der Gegenstand zur Berathung kömmt, mich darüber zu erklären.

Druck und Verlag von C. Macklot.